



Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Gemeinderatssitzung 22. Jänner 2015



GRAZ KPO informiert:
www.kpoe-graz.at Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

Erfreulich: 10.000 Jahreskarten verkauft! Konzept der günstigen Öffi-Tickets geht auf!

Binnen 14 Tagen nach Einführung der vergünstigten Jahreskarte für die Graz Linien um 228 Euro (statt bisher 399 Euro) wurden bereits 10.000 Tickets gekauft. Das sind so viele wie sonst in einem ganzen Jahr!

Jede weitere Jahreskarte, die verkauft wird, bringt zusätzliche Einnahmen für die Stadt und trägt zu einem funktionierenden Öffentlichen Verkehr bei. „Diese erfreuliche Entwicklung be-



Stadträtin
Elke Kahr

stätigt unsere Haltung, dass günstigere Tickets sinnvoll sind und mehr Leute zum Umsteigen bewegen als jede andere Maßnahme“, stellt Stadträtin **Elke Kahr** fest.

„Kleines“ Glücksspiel verbieten!

Eine klare Mehrheit von 70 Prozent spricht sich für ein Verbot des sogenannten „kleinen Glücksspiels“ an Automaten aus. Diese Zahlen beweisen, wie richtig das Eintreten der steirischen KPÖ gegen das Geschäft mit der Spielsucht war und ist.

Die Spielsucht treibt Jahr für Jahr viele Menschen in unserer Stadt in den Ruin. Die meisten Spielsüchtigen sind hoch verschuldet, auch ihre Angehörigen sind betroffen. Bei unseren Beratungen haben wir sehr oft mit Opfern der Spielsucht zu tun. Hier stehen

viele Existenzen an der Kippe. Trotzdem haben SPÖ, ÖVP und FP in der Steiermark ein neues Glücksspielgesetz beschlossen, das den Automatenkonzernen größtmögliche Einsätze und die maximale Zahl an Automaten garantiert. In Wien ist das „kleine Glücksspiel“ hingegen seit 1. Jänner untersagt.

Man muss zum Schluss kommen, dass hier die Interessen von Spielautomatenkonzernen größeres Gewicht als die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen haben.

ELKE KAHR

KOSTEN FÜR MATURABÄLLE SENKEN! KPÖ-ANTRAG ANGENOMMEN

Eine horrende Saalmiete und dazu noch zusätzliche Ausgaben für Band, Disco, Security, Feuerwehr, Rettung, Veranstaltungsmeldung usw. machen Maturabälle immer mehr zur Kostenfalle, selbst wenn bereits Jahre vor dem Ballereignis angespart wird. Die Saalmieten steigen laufend, Möglichkeiten, selbst Geld zu verdienen, z.B. durch den Verkauf eigener Speisen und Getränke, sind stark eingeschränkt.

Oft bleiben am Ende Schulden zurück, und die Eltern müssen nachschießen. „Zumindest bei jenen Sälen, die sich im Einflussbereich der



Stadt Graz befinden, sollten für Maturabälle vergünstigte Tarife und Möglichkeiten zum Verkauf von Speisen und Getränken angeboten werden“, forderte KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch**, selbst Gymnasiallehrer, in seinem Antrag. Alle Parteien stimmten diesem Antrag zu.

Protestaktion gegen das Geschäft mit der Spielsucht

Wo: vor dem Landhaus

Wann: Montag, 9. Februar, ab 10.30 Uhr
Wir bitten alle, die Zeit haben, mitzumachen und das Anliegen zu unterstützen.



**Mieternotruf
717108**

www.kpoe-graz.at/mieternotruf

**Auf keinen Menschen
vergessen!**

Elke Kahr. **KPÖ**

Alle Initiativen im genauen Wortlaut finden Sie unter www.kpoe-graz.at/gemeinderat

Verschmutzte Stadt-Umwelt

Die Verschmutzung der Stadt mit Abfällen aller Art ist ein großes Ärgernis. Vor allem abseits der Innenstadt ist es ein wirkliches Problem. KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs** fordert nun, die Routenplanung der



Reinigungstouren der Holding zu optimieren und eine Info-Kampagne für mehr Verantwortungsbewusstsein. „Alle zahlen ihre Gebühren und Steuern. Daher haben alle Anspruch auf Sauberkeit in ihren Stadtteilen!“

Für ein gescheites Fahrrad-Verleih-System!

Nicht nur Wien, auch Städte, die wesentlich kleiner sind als Graz, haben gut funktionierende Fahrradverleihsysteme. Man braucht nur eine Bankomat- oder Verleihkarte und kann an verschiedensten Stationen – unkompliziert, günstig und rund um die Uhr – Fahrräder ausleihen. „Das derzeitige Verleihsystem in Graz unter der

Dachmarke „Graz-Bike“ ist zu teuer, zu wenig sichtbar und unflexibel“, so KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**. Ihr Antrag für ein neues und einfaches Verleihsystem wurde durch eine VP-FP-Mehrheit abgelehnt



Behindertengerechtes Wohnen

Seit die Zuweisung von behindertengerechten städtischen Wohnungen 2012 in den Zuständigkeitsbereich des Wohnungsamtes übertragen wurde, konnten wesentliche Fortschritte erzielt werden. „Die Wartezeiten für barrierefreie Wohnungen sind jetzt kürzer und betragen zwischen zwei und drei Monaten. 340 anpassbare Neubauwohnungen sind geschaffen worden. Die-

se Wohnungen sind barrierefrei zugänglich und können bei Bedarf behindertengerecht adaptiert werden“, so Wohnungsstadträtin **Elke Kahr**. Der Anteil behindertengerechter Wohnungen wurde von 2 auf 8 Prozent erhöht. „Das ist eine erfreuliche Entwicklung“, so Kahr.



Wanderwege müssen zugänglich sein!

Immer wieder werden Wanderrouen versperrt und Verbotstafeln aufgestellt, die den Durchgang verwehren. „Viele Verbotstafeln, die von privaten Waldeigentümern aufgestellt werden, sind unrechtmäßig“, weiß KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**: Obwohl der



Österreichische Alpenverein als Wegerhalter immer wieder kontrolliert, werden solche Schilder angebracht – nun auch in der Ragnitz und am Reinerkogel. „Diese Unsitte darf nicht Schule machen!“, betonte Sikora und brachte das Thema im Gemeinderat auf den Tisch.

Umbau der Linie 1

Im Frühjahr soll mit Umbauarbeiten an der Linie 1 begonnen werden. Aufgrund besorgter Nachfragen erkundigte sich **Uli Taberhofer** im Gemeinderat nach den Details. Jetzt wurde zugesichert, dass es eine baldige Information über Beginn und Ablauf der Ver-

legungsarbeiten der Straßenbahnschienen von der Alten Poststraße in die Laudongasse geben wird. Die Bauarbeiten werden vor Schulbeginn 2015 abgeschlossen sein.



Baurestmassendeponie Thal

Die Arbeiten für die Baurestmülldeponie in Thal bei Graz sind sehr weit fortgeschritten. „Fakt ist, dass zu ihrer „Befüllung“ jahrzehntelang der notwendige LKW-Schwerverkehr über Grazer Straßen rollen wird“, kritisiert KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger**. Er fordert nun Informationen, ob auch die Stadt oder die Holding Graz plant, dort zu deponieren.



Am Weinhang

Eines der Naherholungsgebiete im Grazer Westen liegt beim Schloss St. Martin. Täglich sind hier Menschen in ihrer Freizeit unterwegs. Jedoch parken trotz ausreichenden Angebots immer mehr Leute direkt vor oder sogar auf den Wald-



wegen. „Abgerutschte Autos mussten sogar schon von der Feuerwehr entfernt werden“, weiß KPÖ-Gemeinderätin **Ina Bergmann**. Sie fordert daher, an der Straße „Am Weinhang“ nach dem Parkplatz ein Fahrverbot ausgenommen Anrainer einzuführen.

Bürokratie gegen Blumenkisterl

Um das Ambiente freundlich zu gestalten, haben BewohnerInnen auf Anregung des Stadtteilzentrums Triesterstraße Pflanzkästen aufgestellt. Von allen Seiten kamen positive Rückmeldungen.

„Aber erst nach einem 10 Monate dauernden Verfahren erfolgte die Genehmigung, und dann wurden auch noch saftige Gebühren fällig: im ersten Jahr 50 Euro, zuletzt

waren es bereits 150 Euro an „Nutzungsgebühr“,“ weiß KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**. Der zuständige Stadtrat Eustacchio versprach, beim Entgelt entgegenzukommen. Die Regelung, dass jährlich ein Genehmigungsantrag gestellt werden muss, bleibt vorerst aufrecht. „Aber wir bleiben dran“, versichert Braunersreuther.

